

www.linksfraktion.de

Hochschule ansonsten aus finanziellen Gründen versperrt geblieben wäre. Trotz dieser Erfolgsgeschichte gerät das BAföG unter Beschuss: Bildungsministerin Schavan (CDU) würde es lieber heute als morgen abschaffen und die Studierenden stattdessen für Kredite zur Bank schicken.

Mit dieser Forderung konnte sie sich bisher nicht durchsetzen – zum Glück. Dennoch ist es um das BAföG schlecht bestellt: Während die Ausbildungsförderung in den 1970er Jahren noch als Vollzuschuss ausgezahlt wurde und auch Schülerinnen und Schülern ab Klasse 11 umfassend zur Verfügung stand, müssen BAföG-Empfängerinnen und Empfänger heute Schulden von bis zu 10 000 Euro in Kauf nehmen. Schülerinnen und Schüler erhalten BAföG nur noch in Ausnahmefällen. Und von der elternunabhängigen Fördermöglichkeit, die die vorherige Bundesregierung aus SPD und Grünen versprochen hatte, ist nicht mehr die Rede.

BAföG ausbauen statt aushöhlen!

Seit der Wiedervereinigung hat keine Regierung über einen so langen Zeitraum die Bedarfs- und Freibeträge nicht angehoben: Seit 2001 wurden diese nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst. Kein Wunder, dass sogar der BAföG-Bericht der Bundesregierung in diesem Jahr bemängelt hat, dass die Geförder-tenquote gesunken ist. Gewerkschaften und Studierendenvertretungen fordern vor diesem Hintergrund zu Recht eine Mindesterhöhung der BAföG-Sätze um zehn Prozent noch in diesem Jahr.

Die aktuell diskutierte BAföG-Novelle der Bundesregierung wird diesen Forderungen nicht gerecht. Zwar verbessert sich das BAföG für ausländische Studierende und für Studierende mit Kindern. Das reicht aber nicht aus. DIE LINKE fordert deshalb, dass Bedarfssätze und Freibeträge für alle erhöht werden.

Studienkredite überflüssig machen

Auf Initiative der Bundesregierung bietet die Kreditanstalt für Wiederaufbau seit Anfang 2006 so genannte Studienkredite an. Anders als beim BAföG muss ein Studienkredit komplett und voll verzinst zurück bezahlt werden. Eine Verschuldungsobergrenze wie beim BAföG existiert nicht. Die Bundesregierung räumte jüngst ein, dass Studierende so nach ihrem Studium vor einem Schuldenberg von über 90 000 Euro stehen können. Viele Studierende werden angesichts solcher Summen eher auf ein Studium verzichten, statt sich in die Schuldenfalle zu begeben. Kinder reicher Eltern betrifft das nicht; sie kommen kaum in die Bredouille, einen Studienkredit in Anspruch nehmen zu müssen. Studienkredite verschärfen also die soziale Schieflage an Hochschulen und sind deshalb keine Lösung für eine sozial gerechte Finanzierung des Studiums. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass nicht den Studierenden einseitig die finanzielle Last zugeschoben wird. DIE LINKE will ein besseres BAföG und eine höhere Förderquote. Das BAföG sollte eine elternunabhängige Förderung sein, die vollständig staatlich finanziert wird. Wir wollen die Förderung für Schülerinnen und Schüler ausweiten und das BAföG auch für Erwachsene in der Weiterbildung zur Verfügung stellen.

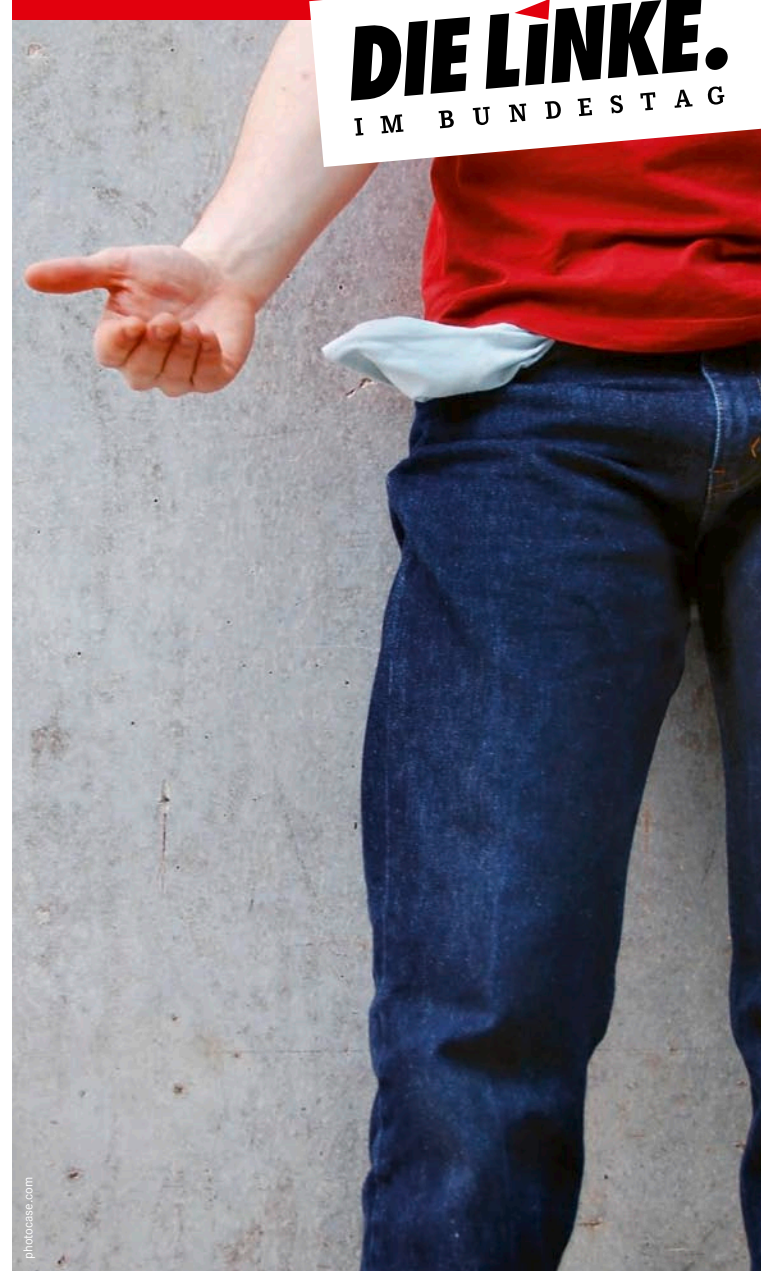
DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Für ein gebührenfreies Studium

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Liebe Studentinnen und Studenten! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Das Studium wird immer teurer. Während die Ausbildungsförderung nach BAföG von Jahr zu Jahr zusammenschrumpft, führt ein Bundesland nach dem anderen Studiengebühren ein. Immer mehr junge Menschen brechen ihr Studium ab, weil der Stress zwischen Hörsaal und Nebenjob zu groß wird. Viele andere verzichten aus Angst vor einem großen Schuldenberg komplett auf ein Studium. Allen Sonntagsreden über die Bedeutung von Bildung zum Hohn trägt die Politik der Großen Koalition dazu bei, dass die Studierendenzahlen sinken und Jugendlichen aus nichtakademischen und finanzschwachen Elternhäusern der Weg an die Hochschulen versperrt bleibt. Bildung ist ein Grundrecht. Dieses Recht muss im Grundgesetz verankert werden. Dafür setzt sich DIE LINKE ein. Sie streitet für ein gebührenfreies Studium und dafür, dass das BAföG angehoben wird – gemeinsam mit Gewerkschaften und Studierendenvertretungen. Denn nur so ist gewährleistet, dass nicht nur die Kinder reicher Eltern studieren können. Alleine mit parlamentarischen Initiativen lassen sich Studiengebühren nicht verhindern. Nur gemeinsam können wir der zunehmenden Bildungsprivatisierung entgegentreten. Mit diesem Folder wollen wir Euch über die von der Bundesregierung geplanten Verschlechterungen informieren und Alternativen der Fraktion DIE LINKE präsentieren. Mit solidarischen Grüßen,

Nele Hirsch
Bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

*Am 5. Mai 2007, dem Geburtstag von Karl Marx,
haben Studierende in Frankfurt am Main den
Studierendenverband Die Linke.SDS gegründet.*

Für ein Studium ohne Gebühren

Studiengebühren lösen kein einziges Problem. Sie werden an der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen nichts ändern. Stattdessen verschärfen sie die soziale Auslese. Schon heute kommen nur rund zehn Prozent der Studierenden aus bildungsfernen und finanzschwachen Schichten. Außerdem machen sie Bildung zu einer Ware und drängen allgemeinbildende Inhalte und die kritische Wissenschaft zurück.

Studiengebühren sind auch ein geschlechts-spezifisches Problem: Frauen verdienen mehr als zwanzig Prozent weniger als Männer. Daneben führen Betreuungsunterbrechungen für Angehörige dazu, dass sie deutlich länger als Männer Studiengebühren zurückzahlen.

DIE LINKE fordert ein gebührenfreies Studium – damit es nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ob Frau oder Mann ein Hochschulstudium beginnt.

Gebührenfreiheit ins Grundgesetz

Die Bundesregierung entzieht sich ihrer politischen Verantwortung in der Frage der Studiengebühren. Sie verweist auf die Länder: Diese sollen ihre Gebührensysteme »sozial gerecht ausgestalten«. Mit der Einführung allgemeiner Studiengebühren aber drohen die Lebensverhältnisse in den einzelnen Bundesländern weiter auseinander zu driften. Es muss bundesweit gehandelt werden.

DIE LINKE fordert deshalb, die Gebührenfreiheit von Bildung im Grundgesetz zu verankern. Denn klar ist: Sozial gerechte Studiengebühren kann es nicht geben. Gebühren kann nur zahlen, wer Geld hat.

Bye, bye BAföG?

Das BAföG feierte 2006 sein 35jähriges Bestehen. Seit seiner Einführung hat es vielen Menschen ein Studium ermöglicht, denen der Weg an die



Ja:

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

- ☐ Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
- ☐ Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

HERR/FRAU/TITEL

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bitte senden Sie uns Ihre Angaben ausgefüllt entweder in einem Fensterkuvert oder per Fax an: 030/22 75 61 28
Mai 2007, Studiengebühr